

Klassenkampf ?



Die CDU will sich
„von der uralten Idee
des Gegensatzes
zwischen
Kapital und Arbeit“
verabschieden.

Berliner Zeitung, 29.6.06

Klasse oder Unterschicht

Proletariat - Prekariat - Sekretariat



Josef Schlarmann

(Vorsitzender der CDÜ-Mittelstandsvereinigung):

„Wir müssen uns von der uralten Idee des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit verabschieden.“

Berliner Zeitung, 28.6.2006



Bascha Mika (taz)

„...wofür auch die SPD keine Sprache gefunden hat - bisher - ist, dass wir natürlich nach wie vor unterschiedliche Klassen in dieser Gesellschaft haben und das sie sich über Besitz und Bildung definie



**Peter Glotz:
Klassenkampf
gibt's immer.**



Klaus Bölling

„Aber wir haben doch keine Klassengesellschaft mehr!“

*Arbeit und Kapital -
der alte Gegensatz ist überholt!*



Klasse:

Bevölkerungsgruppe, deren Angehörige sich in der gleichen ökonomischen und sozialen Lage befinden.
Arbeiter- und Ausbeuterklasse.
Duden, Bedeutungswörterbuch

Klasse

Klasse:

Bevölkerungsgruppe, deren Angehörige sich in der gleichen ökonomischen und sozialen Lage befinden. Arbeiter- und Ausbeuterklasse.

Duden, Bedeutungswörterbuch

Klasse,

sozial: selbständige Gruppe einer Gesellschaft mit spezifischen Merkmalen;

Stadtproletariat, Unterschicht, besitzlose Klasse, Arbeiterklasse, arbeitende Klasse, die Arbeiter

(die, -, -n) 3. Gesellschaftsschicht;

Klassenbewusstsein; Klassenhass;

Klassenkampf;

Adjektive: klassenbildend; klassenlos;

¹Aus: Infopedia 3.1 © 1998 The Learning Company, Inc.

Deutsche Kontinuitäten



**„Ich kenne keine Parteien mehr,
kenne nur noch Deutsche“**

In der Reichstagssitzung vom 4. August 1914 stimmten auch die - oft als „vaterlandslose Gesellen“ bezeichneten - Sozialdemokraten bei nur zwei Enthaltungen für die Kriegskredite. Die unerwartet starke Geschlossenheit der Nation brachte Kaiser Wilhelm II. im Reichstag mit dem Wort

„Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche“
auf den Punkt.

Volksgemeinschaft

Anknüpfend an völkische Gemeinschaftsvorstellungen und eine in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs erfahrene Frontgemeinschaft, propagierten die Nationalsozialisten die **Volksgemeinschaft als Lösung aller politischen und sozialen Gegensätze** der Weimarer Republik. **„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“** - mit derartigen Parolen stieß die Volksgemeinschaft als Ausdruck von Einigkeit und Einheitlichkeit auf eine breite Identifikationsbereitschaft in der Bevölkerung. Propagandistisch inszeniert wurde sie in Massenveranstaltungen an Gedenk- oder Feiertagen wie dem Reichsparteitag, den 1. Mai-Feierlichkeiten oder dem Erntedankfest, auf denen die Menschenmengen in Fackelzügen und Aufmärschen in einen „festen Block“ zusammenschmelzen schienen. Sammelaktionen für das Winterhilfswerk (WHW) oder die Eintopfsonntage vermittelten eine identitätsstiftende Solidarität.



Ich sehe keine Schichten



Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) sagte, es gebe keine Schichten in Deutschland. „Ich empfehle sehr, dass wir die Gesellschaft nicht aufteilen“, erklärte er.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte gestern, die Politik dürfe eine Kluft zwischen Teilen der Gesellschaft nicht zulassen.

**Klaus Bölling
„Aber wir haben doch
keine Klassengesellschaft mehr!“**



Das ist die Frage!

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte gestern, „die Politik dürfe eine Kluft zwischen Teilen der Gesellschaft nicht zulassen.“

„Ein einig Volk von Brüdern“ das war und ist die Sehnsucht der Führer von so verschiedenen Staatsformen wie das Kaiserreich, das Dritte Reich und die Große Koalition.

Die Sehnsucht ist verständlich, denn wie soll man Krieg führen, wenn im Inneren der Klassenkampf tobt. Wie soll man im internationalen Wirtschaftskrieg Exportweltmeister werden, wenn im Innern ein Streik den anderen jagt.

Das Kapital braucht ein „einig Volk“ von Produzenten und Konsumenten, wo soll der Profit sonst herkommen? Und als Führerin des Staates, die für den kontinuierlichen Fluß der Profite verantwortlich ist, muß Angelika Merkel dafür sorgen, dass keine Kluft zwischen Teilen der Gesellschaft entsteht. Nicht tatsächlich, sondern ideologisch, im Kopf, also sprachlich! Das ist der Streit um den es gegenwärtig geht. Es gibt keine Unterschichten und erst recht keine Klassen. Wir sind ein einig Volk von Konsumenten. Ja wenn, es nicht die verdammte Wirklichkeit gäbe und die Worte die sie zutreffend widerspiegeln. Wenn Herr Müntefering keine Schichten sieht, dann sind das die ersten Erfolge der Gesundheitsreform. Sinds die Augen, geh zu Fielmann, aber nicht auf Krankenschein, sondern privat. Das war ihm anscheinend zu teuer. Lieber sieht er schlecht und damit keine Schichten. Ist für die Karriere auch besser.

Leider ist die Sehnsucht nach einem „einigen Volk“, auch in den Unterschichten, dem Prekariat (das ist das frühere Proletariat, die Arbeiterklasse) weit verbreitet. Die Fußball-WM zeigte das sehr deutlich. Zwar stiegen die Börsenkurse weiter und die Arbeiter fielen, aber es war da so ein schönes deutsches Gefühl, so wie bei den Eintopfsonntagen beim Führer. Na und die großen WHW-Sammlungen brachten nicht viel mehr Gemeinsamkeiten und Geld ein, wie die großen Sammel-Events von heute, die TV-tauglich organisiert werden und das gute Gefühl verschaffen, ein „einig Volk von guten Menschen“ zu sein. Wieviel Getreide kann für das eingesammelte Geld gespendet werden, Getreide das der Staat den Agrarfabriken für guten Profit abkauft und sich damit unliebsame Konkurrenten vom Leibe hält.

Auf das Gefühl kommt es an. Die Lage kann noch so beschissen sein, an Deutschland muß man glauben. Der Führer hatte den Deutschen eingeredet und sie glaubten und wuchsen daran, „*Es muß eine größere Ehre sein, als Straßenfeger Bürger dieses Reiches zu sein, als König in einem fremden Staate.*“, Hitler, Mein Kampf.



Peter Glotz:
„Klassenkampf gibt's immer. Was die SPD neu beginnt, ist, solche Probleme nun anzu sprechen.“



Klaus Bölling
„Aber wir haben doch keine Klassengesellschaft mehr!“



Bundestags-Vizepräsident **Wolfgang Thierse (SPD)** sagte dagegen der Berliner Zeitung, der Befund der Studie habe ihn nicht überrascht, „**denn wir leben eben in einer Klassengesellschaft**“. **Soziale Gegensätze hätten sich über Generationen hinweg verfestigt.**

Thierse: „Leistungseinschränkungen verschlimmern das Problem nur. **Außerdem nenne ich es asozial, dass die Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und immer nur auf den Staat zeigt.**“

„Das ist mit nichts vergleichbar“

Die überraschenden Wirkungen einer Studie

21.10.2006

Politik - Seite 03

Wolfgang Kohrt

BERLIN. Der Titel der Studie ist unverfänglich, wenn nicht sogar banal. „Gesellschaft im Reformprozess“ heißt das Papier. Die deutsche Gesellschaft ist gemeint, die doch seit Menschengedenken in Reformprozessen zu stecken scheint. Man muss dazu nur mal den kleinen Gesellschafter auf der Straße fragen.

Nichts Neues, diesbezüglich. Trotzdem bebt das Land. Von einer **Unterschicht ist die Rede und von Armut**. Richard Hilmer ist Geschäftsführer von Infratest dimap und hat an dem Papier mitgearbeitet. Er glaubt nicht, dass eine Studie jemals ein solches Echo hervorgerufen hat. „In dieser Form haben wir das noch nie erlebt. Das ist mit nichts vergleichbar.“

Dabei ist die Studie noch nicht einmal offiziell vorgestellt worden. Sie ist auch noch gar nicht fertig. Hilmer und seine Mitarbeiter arbeiten immer noch daran, weil eine Reihe von Daten und Befunden noch nicht abschließend bewertet sind. Aber da war das kleine, böse Wort vom „**abgehängten Prekariat**“, und da waren die dazugehörigen Zahlen. „Offensichtlich“, sagt Richard Hilmer, „hat gerade dieser Teil einen Nerv getroffen.“

Vielleicht liegen die Nerven einer Gesellschaft im Reformprozess schnell mal blank. So scheint es zu sein, nur warum gerade jetzt? Schon vor drei Wochen hatte die „Saarbrücker Zeitung“ über die Erkenntnisse von Infratest berichtet. Darauf gab es keine Reaktion. Kann sein, dass Saarbrücken, vom Regierungsviertel aus gesehen, zu weit da unten in der Ecke liegt. Erst nach dem Artikel in „Bild am Sonntag“ vor einer knappen Woche wurde die Lage als ernst erkannt.

Darüber wundert sich Richard Hilmer. „Es gibt doch bereits eine Reihe von Untersuchungen, die das Problem von Armut in Deutschland sogar als zentrales Thema behandeln.“ Für einen Alarm hätte es diese Arbeit von Infratest, mit einem viel umfassenderen Ansatz, nicht gebraucht. Es ist lange bekannt, dass es Arme gibt. Eine wachsende Schicht, die nicht dazugehört.

Weitgehend ist es bekannt, nur anscheinend bei ein paar Bundes-Apparatschiks nicht. **Der seltsame Sozialdemokrat Müntefering sagt: „Es gibt keine Schichten in Deutschland.“ Wirtschaftsminister Glos hält das Prekariat für eine Erfindung der Soziologen. Und die Welt ist eine Scheibe, oder?**

Richard Hilmer hält solche Äußerungen für einen ersten Reflex. In dem Befund der Studie steckten Forderungen an die Politik, die bei manchem eine Abwehrhaltung provozierten. „In der Regel folgt dann eine intensive Auseinandersetzung.“ Wenn nicht Reformprozesse dazwischenkommen.

Klassengesellschaft?



Bascha Mika

„...wofür auch die SPD keine Sprache gefunden hat - bisher - ist, dass wir natürlich nach wie vor unterschiedliche Klassen in dieser Gesellschaft haben und das sie sich über Besitz und Bildung definieren! Und zwar den Anteil an Besitz und Bildung oder eben indem man weniger Anteil daran hat. Und diese Schere tut sich tatsächlich immer weiter auf! Und sie wird sich, wenn wir an diesem Punkt nicht gegensteuern auch weiter auf tun, denn ich glaube eine Aufgabe der Sozialdemokratie wäre es z.B. heute sich das einmal genau anzu-kucken. Wie sieht denn unsere Gesellschaft aus? Wie sind denn diese Unterschiede in Besitz und Bildung? Und wen müssen wir tatsächlich unterstützen und wo können wir uns leisten zu sagen, ihr könnt eure Versicherung an bestimmten Punkten auch selber zahlen. Aber ich hab das Gefühl das diese Art von anderem, neuerem Klassenbegriff in der SPD überhaupt keinen Rückhalt mehr hat. (taz)

Müntefering spielt Blindekuh

18.10.2006

Politik - Seite 04

Arno Widmann

Der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, **Franz Müntefering**, bringt das Kunststück fertig zu behaupten, **es gebe in Deutschland keine „Unterschicht“**. Ein Blick auf die Einkommensverteilung seines und unseres Vaterlandes könnte ihn da leicht eines Besseren belehren. Von **1980 bis 1997 stiegen die Nettogewinne um 119 Prozent, die Nettolöhne aber nur um 20 Prozent**. Im Jahr 1999 zahlten Aktiengesellschaften und GmbHs 23,6 Milliarden Steuern. 2001 erhielten sie - dank der neuen Steuergesetze - vom Fiskus 400 Millionen Euro. **Wir waren in den letzten Jahren Zeugen einer gewaltigen Umorientierung der Geldströme von unten nach oben.**

Man tat das wohl in der Hoffnung, die Kapitaleigner würden die gewonnenen Milliarden nutzen, um Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Sie haben das nicht getan. Die Unterschicht, die es immer gibt, ist größer geworden und es gibt deutlich weniger Möglichkeiten ihr zu entkommen als noch vor zehn Jahren. Müntefering aber zieht es vor, so zu tun, als wisse er das nicht, **also als wisse er nicht, was er in den letzten Jahren getan hat**. Er tut so, als handele es sich bei dem Wort „Unterschicht“ um ein Schimpfwort und nicht um einen Begriff, mit dem Soziologen sich und uns klar machen wollen, dass eine Gesellschaft kein homogener Klumpen, sondern eine sehr deutlich gegliederte Welt ist, in der aufmerksam auf die kleinen und noch aufmerksamer auf die großen Unterschiede zwischen oben und unten geachtet wird. **Wer denen unten helfen möchte, der sollte sie erst einmal sehen.**



Eine solide Ausbildung sei das beste Mittel gegen sozialen Abstieg. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sprach sich gegen eine Aufstockung der staatlichen Hilfen aus: **„Es geht darum, gezielt Anreize zu setzen, damit sich Leistung lohnt.“**

Sprecher Lange sagte zu den Attacken unter anderem des SPD-Linken Ottmar Schreiner gegen Schröders Agenda 2010: **„Schreiners Ansatz ist zerstörerisch, er betreibt die Politik von Oskar Lafontaine.“**



Söder: Rot-Grün ist an neuer Armut schuld

CSU-Generalsekretär nennt Studie „peinlich“ für SPD / Wohlfahrtsverbände fordern höheren Hartz-IV-Regelsatz

18.10.2006

Politik - Seite 06

Johannes Gernert, Daniela Vates

BERLIN. In der Debatte um die neue Unterschicht hat CSU-Generalsekretär Markus Söder dem Koalitionspartner SPD vorgeworfen, für „einen Großteil der neuen Armut“ in Deutschland verantwortlich zu sein. **„Sieben Jahre Rot-Grün haben zu Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit vieler Menschen geführt“**, sagte Söder der Berliner Zeitung. Es sei deshalb peinlich für die SPD, dass ausgerechnet die ihr nahe stehende Friedrich-Ebert-Stiftung ihr den Spiegel vorhalte und sie „mit der bitteren Wahrheit über die Unterschicht in Deutschland konfrontiert“.

Söder forderte indirekt eine Absenkung der Bezüge aus Hartz IV. Hartz IV sei bereits ein Mindestlohn. „Weil er so hoch ist, fehlt manchen die Motivation zur Arbeit“, sagte der Generalsekretär. **„Wer das Armutsproblem bekämpfen will, muss Hartz IV reformieren“**, sagte der Generalsekretär. Die SPD müsse sich dem stellen, statt nach einem Mindestlohn zu schreien. **„Hartz IV wird zur Lebenslüge der SPD“**, sagte der CSU-Generalsekretär. Die **Nationale Armutskonferenz** forderte dagegen gestern eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes **um 20 Prozent**. Hans-Jürgen Marcus, Sprecher dieses Zusammenschlusses von Wohlfahrtsverbänden, nannte **die Hartz-IV-Gesetze als Ursache für die zunehmende Armut in Deutschland**, besonders bei Kindern. Auch die **Diakonie** schloss sich der Forderung nach einem **höheren Regelsatz an**. „Wir sind für eine moderate Erhöhung. Ob es 20 Prozent sein müssen, hängt auch davon ab, wie man es finanziert“, sagte der sozialpolitische Sprecher Bernd Schlüter dieser Zeitung. Die Caritas ist nicht für eine generelle Anhebung. Belastungen durch Mehrwertsteuererhöhung und Gesundheitsreform müssten aber ausgeglichen werden, verlangte Generalsekretär Georg Cremer.

Eine Anfang dieser Woche veröffentlichte Studie des **Instituts berlinpolis** stellt fest, dass Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern **relativ viel Geld in die soziale Sicherung investiert**, damit aber recht wenig erreicht. Bei den Bildungs- und Ausbildungschancen und beim Zugang zum Arbeitsmarkt steht die Bundesrepublik im europäischen Vergleich nur auf Platz 18. „Wir nehmen das Geld falsch ein und wir geben es falsch aus“, sagte Daniel Dettling von berlinpolis. Statt über Sozialabgaben müsse mehr über Steuern finanziert werden. Statt Eigenheimzulage und Kindergeld zu zahlen, müsse das Geld direkt in Kindergärten und Schulen fließen.

Die Caritas sieht die größten Probleme bei den gering Qualifizierten. Mit 18 Prozent Arbeitslosigkeit sei man da besonders schlecht, sagte Generalsekretär Cremer. „Das ist katastrophal für die Arbeitsmarktchancen.“

Immobilienfonds offenbar ohne Wohnungen

Kompromiss soll Einführung börsennotierter Reits retten

19.10.2006

Wirtschaft - Seite 12

Timot Szent-Ivanyi

BERLIN. Die stark umstrittenen Börsen-Immobilienfonds werden wahrscheinlich nicht für reine Wohnimmobilien zugelassen. Das zeichnet sich nach Gesprächen in der SPD-Fraktion ab. Dort gibt es nach wie vor starke Bedenken gegen den ursprünglichen Plan von Finanzminister Peer Steinbrück, dass auch aus Wohnimmobilien so genannte Real Estate Investment Trusts (Reits) geformt werden können. Befürchtet werden Mietsteigerungen und Luxussanierungen.

Um das Gesamtkonzept nicht zu gefährden, sei Steinbrück bereit, die Wohnimmobilien auszuklammern, hieß es. Auch die Reits-Anhänger in der Fraktion sind kompromissbereit. Er teile zwar die Befürchtungen seiner Kollegen nicht und kämpfe dafür, Reits für alle Immobilien zu ermöglichen, sagte der Finanzexperte Reinhard Schultz. „Der Schaden wäre aber begrenzt, wenn der Ausschluss von Bestandswohnungen der Preis wäre.“ Die Zukunft von Reits liege ohnehin bei gemischt genutzten Immobilien und Gewerbeimmobilien. (tms.)

Unterschicht - das Unwort des Jahres

Die Armuts-Debatte erreicht den Bundestag

20.10.2006

Politik - Seite 05

Johannes Gernert

BERLIN. Nein, **von Unterschicht wollte wirklich fast niemand sprechen gestern im Bundestag**, obwohl sie natürlich alle darüber geredet haben. Die Unterschichten-Debatte war schließlich das Thema der „Aktuellen Stunde“, die Linkspartei und Grüne beantragt hatten. Ein SPD-Abgeordneter wollte „diesen Begriff, der da immer genannt wird“, gar nicht erst wiederholen. Dirk Niebel, der FDP-Generalsekretär, wies daraufhin, dass **Liberale keine Schichten kennen, nur Chancen. Und die seien gleich für alle.**

Einer der Wenigen, die ein bisschen ausscherten, war der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Gregor Gysi: **„Fragen Sie mal einen Sozialhilfeempfänger und Herrn Ackermann, ob die in derselben Schicht sind.“** Gysi nannte es aber **„Armutsschicht“**, nicht **„Unterschicht“**. In dieser Schicht sieht er ein Problem für die Demokratie heranwachsen: Manche würden wegen ihrer Frustration dauerhaft gar nicht, andere nur noch rechts wählen. Deutschland sei in zwei Teilgesellschaften gespalten: Ost und West.

„Die soziale Ausgrenzung ist nicht vom Himmel gefallen“, sagte Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei. **„Sie ist von der Wirtschaft und der politischen Klasse massiv gefördert worden.“** Gemeint waren damit auch die Hartz-Gesetze.

Die von Rot-Grün verabschiedete Hartz-Reform, erwiderte Fritz Kuhn, der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, sei der Versuch gewesen, auf die neue Armut eine Antwort zu geben. Mit dem Fordern habe man dabei stark begonnen, man dürfe das Fördern nun allerdings nicht vergessen. Da müsse die Große Koalition „endlich von der Bremse gehen“, statt Eingliederungshilfen für Arbeitslose zu streichen.

Auch Unions-Sozialexperte Ralf Brauksiepe verteidigte einen Teil der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik: **Einen Zusammenhang zwischen Armut und Hartz IV gebe es nicht.** Von Unterschicht will auch er nicht sprechen, das Wort verneble und täusche nur. Brauksiepes Koalitionskollege, der SPD-Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner, lobte die Hartz-Reformen dafür, dass sie Arbeitsuchende aus dem statistischen Dunkel hervorgeholt haben.

Einer benutzte das Wort dann schließlich doch. **„Dass es Unterschichten gibt, ist eine Tatsache“**, sagte der Staatssekretär im Arbeitsministerium **Gerd Andres**. Früher habe man **Arbeitermilieu** gesagt und ganz früher **Lumpenproletariat**. Man solle sich nun damit auseinandersetzen, dass es diese Gruppe gibt, statt über ihre Benennung zu streiten.

Eine Erhöhung von Hartz-IV-Sätzen lehnte Andres genauso als „plumpen Populismus“ ab wie deren Kürzung. Die einzig wirkliche Lösung sei es, den Weg in den Arbeitsmarkt zu öffnen. Erfreulicherweise wachse zurzeit die Wirtschaft: „Und dass damit Beschäftigung einhergeht, sieht ja wohl jeder.“ Dann forderte der Staatssekretär noch einmal, was Vertreter aller Parteien befürworteten: Es muss mehr für die Bildung getan werden, gerade für die frühkindliche. Nur damit verhindere man eine „Einmauerung in Milieus“.

Foto : „Armut fällt nicht vom Himmel“, sagt Katja Kipping, Linkspartei-Vize.

Ängstlich und politikverdrossen

Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheiten: Das ist eines der zentralen Ergebnisse der FES-Studie. So meinten 61 Prozent der Befragten, es gebe keine Mitte mehr, nur noch Oben und Unten. 39 Prozent befürchten, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. 14 Prozent sehen sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung und ins Abseits geschoben. Sinkende Akzeptanz von Politik und Parteien: 56 Prozent der Befragten meinen, „egal, welche Partei man wählt, ändern tut sich doch nichts“. 68 Prozent sind der Ansicht, „Politiker kümmern sich zu wenig um die Sorgen der Bürger“. Jeder Fünfte hat eine große Distanz zu allen Parteien. Das Interesse an Politik bleibt aber hoch: 51 Prozent interessieren sich für Politik. Zukunftssorgen: Die Verschlechterung der finanziellen Situation ist eine der Hauptsorgen der Befragten. So gaben 59 Prozent an, sich derzeit finanziell einschränken zu müssen. 49 befürchten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können. Die Familie bleibt ein wichtiger sozialer und psychischer Halt. So sind 87 Prozent mit ihrer familiären Situation zufrieden.

Auf der Verliererseite

UNTERSCHICHT - Die SPD fürchtet die Debatte über ihre Verantwortung für die neue Armut und setzt den Begriff auf den Index. Soziologen warnen vor der Stigmatisierung einer ganzen gesellschaftlichen Gruppe.

17.10.2006

Politik - Seite 05

Rouven Schellenberger

BERLIN. Der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die ganz Aufregung nicht geheuer. Das Wort „Unterschicht“ komme in der Studie mit dem Titel „Gesellschaft im Reformprozess“ gar nicht vor, sagte gestern ein Sprecher der SPD-nahen Stiftung. Offenbar reagierten Medien und Öffentlichkeit besonders empfindlich, seit SPD-Chef **Kurt Beck** Anfang Oktober **von einer neuen Unterschichtenproblematik sprach**. Die Rede sei lediglich von einem **„abgehängten Prekariat“**, das auch nur in einem Teil der 500 Seiten starken Studie behandelt werde. Diese Menschen empfinden laut Untersuchung ihre **„gesamte Lebenssituation als ausgesprochen prekär“** - schwierig - daher die Bezeichnung Prekariat.

Angst vor alten Schlachten

Tatsächlich ist die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung inzwischen zum Kern einer SPD-internen Debatte geworden, die auch vor der Bewältigung der Agenda-2010- und Hartz-IV-Periode der Sozialdemokraten nicht halt macht. Groß ist dabei die Sorge der Parteispitze, dass unter den Genossen wieder alte Schlachten geschlagen werden, die doch schon längst ausgestanden schienen. Beck hatte sich den Verlauf der Debatte wohl anders vorgestellt. Der Parteichef wollte das Thema Unterschicht in die Arbeit der Kommission einspeisen, die bis zum Parteitag im kommenden Jahr ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten sollte - über die Zukunft also sollte diskutiert werden und nicht über die jüngere sozialdemokratische Vergangenheit. Deshalb verteilte die SPD-Spitze eine Kurzfassung der Studie an die Mitglieder der Programmkommission und Vertreter der SPD-Unterbezirke.

Die Ergebnisse der Studie, die auf Umfragedaten von TNS Infratest beruhen, sind für viele zwar wenig überraschend - für manchen Sozialdemokraten nach sieben Jahren rot-grüner Koalition dennoch besonders schmerzhaft. Tatsächlich kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, das acht Prozent der deutschen Bevölkerung zu einem „abgehängten Prekariat“ zu zählen sind - im Westen sind es vier, im Osten sogar 20 Prozent. In der Erläuterung der Studie fällt dabei sehr wohl das **Wort Unterschicht**: ihr gesellschaftlicher Status sei niedrig, **49 Prozent von ihnen gehörten zur „Unter- bzw. unteren Mittelschicht“**, heißt es dort. Viele dieser Menschen erlebten gesellschaftlichen Abstieg, seien Menschen mit einfacher oder mittlerer Bildung. **Es sei die soziale Schicht mit dem höchsten Arbeitslosenanteil, dem höchsten Anteil an Arbeitern, der geringsten beruflichen Sicherheit, einer niedrigen Aufstiegsorientierung, der mit Abstand größten finanziellen Unsicherheit und besonders starken Zukunftssorgen.**

Quer durch alle sozialen Gruppen identifiziert die Studie große Ängste: 63 Prozent der Befragten haben Angst vor Veränderungen, 46 Prozent empfinden ihr Leben als ständigen Kampf und 44 Prozent fühlen sich vom Staat allein gelassen. **61 Prozent meinen, es gebe keine Mitte mehr, sondern nur noch Oben und Unten.**

Höchster Nichtwähleranteil

Die Experten von TNS Infratest befragten im Februar und März dieses Jahres 3 021 wahlberechtigte Deutsche ab 18 Jahren. Die komplette Studie will die Stiftung erst Anfang Dezember vorstellen.

Schon jetzt weisen die Ergebnisse die Sozialdemokraten darauf hin, dass es sich bei der „Unterschicht“ um ein Milieu handelt, das sie zu verlieren drohen, das sich zunehmend von den Parteien abwenden: Es ist die Gruppe mit dem höchsten Nichtwähleranteil bei der letzten Bundestagswahl, mit einer großen Skepsis gegenüber Reformen und einer besonderen Unzufriedenheit mit der Koalition. Gleichzeitig finden sich dort überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder. Noch immer hat die SPD mit 32 Prozent der Stimmen hier eine Mehrheit, die Rechtsradikalen jedoch liegen schon bei sechs Prozent. Erkenntnisse sind das, die die Unterschichten-Debatte weiter befeuern dürften. Weit über die SPD hinaus.

Prekariier aller Länder ...

17.10.2006

Politik - Seite 04

Harald Jähner

Unterschicht? Ham wa nich, so beeilen sich derzeit Politiker fast aller Parteien den Schock zu lindern, den eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ausgelöst hat. Nach ihr gehören zwanzig Prozent der Ostdeutschen und vier Prozent der Westdeutschen zum „abgehängten Prekariat“. Als Prekariat, abgeleitet von „prekär“, bezeichnet die moderne Soziologie jene wachsende Schicht von Menschen, die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen leben. Sie hangeln sich von Job zu Job, von Honorarvertrag zu Honorarvertrag, ohne Alters- und Sozialversicherung. Es sind Beschäftigungsverhältnisse, die Tagelöhner, Intellektuelle und Kreative vereinen. Zum „abgehängten Prekariat“ sind demnach Menschen zu zählen, die aus diesen ungesicherten Jobs, wenn sie denn welche haben, keine Perspektive, kein Selbstbewusstsein, keine Lebensfreude mehr beziehen - Menschen, die sich gedemütigt und hoffnungslos fühlen, oder sich in aggressivem Stolz im Jenseits der Gesellschaft sehen. **Solches Prekariat hat es, in wechselnder Stärke, immer gegeben. Marx und Engels sprachen vom Lumpenproletariat, jener „passiven Verfaulung der untersten Gesellschaftsschichten“,** die sich in der sozialistischen Bewegung selten nützlich machten und von ihrer Lebenslage her zum Reaktionären neigten. Als **white trash (weißer Müll) bezeichnet sich in den USA inzwischen sogar selber eine Subkultur aus Wohnwagen-Desperados in der Nachkommenschaft entwurzelter Pioniere.** Und die Berliner Volkskultur setzte dem Prekariat in Gestalt des **Eckensteher Nantes** seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unzählbare Denkmäler in Possenform. Der Eckensteher, durch den Berliner Schriftsteller Adolf Glaßbrenner populär geworden, stand an einer Berliner Straßenkreuzung und wartete, ausgestattet mit einer Trage, auf schwer beladene Kundschaft, der er gegen etwas Kleingeld die Last abnahm - eine Ich-AG par excellence. Der Eckensteher pöbelte stets rüde herum. Kam er allerdings bei Königs und Kaisers unter den Linden vorbei, pflegte er „ein philosophisches Lüftchen“ zu spüren. Mit Verachtung hingegen urteilte Nante über das Proletariat: „Et gibt keene Poesie und keene Romantik in dem Volk aus der untersten Klasse.“

Nante sah sich selbst als Individualist jenseits des Klassensystems. **Wenn Bundesarbeitsminister Franz Müntefering den Begriff „neue Unterschicht“ zurückweist und die Existenz von Schichten generell verneint, so kann er nur lauter Nantes vor Augen haben: eine Gesellschaft von Scheinselbstständigen und freien Dienstleistern,** zu der die Arbeitswelt in der Tat tendiert. Dass ein führender Sozialdemokrat sagt: **„Es gibt keine Schichten in Deutschland; es gibt nur Menschen, die es schwerer haben, die schwächer sind“, markiert den historischen Abstand, den die heutige Sozialdemokratie von der Tradition der einstigen Arbeiterpartei trennt.**

Der Eckensteher Nante als pittoreske literarische Figur entstand zu einer Zeit, als die Arbeiterschaft immer mehr wuchs, die Industriegesellschaft sich formierte und es mit der tariflichen Verregelung eines ganzen Erwerbslebens immer weiter bergauf ging. Da war Platz für den urbanen Penner als Idyll. Jetzt wechselt die Richtung: Die aktuelle Schreckensfigur des verwahrlosten, schlecht ernährten, Dauer-TV konsumierenden Staatskostgängers entspringt der Umkehrung der historischen Entwicklung: **Die damals geschaffenen Arbeitsverhältnisse werden wieder radikal entregelt.**

Darauf, dass die großen Unternehmen ihr Unternehmensrisiko einfach outsourcen und auf die prekär Beschäftigten abwälzen, war unsere traditionelle Vorstellung von Arbeit und Leistung nicht gefasst. Fast alle unsere Wertvorstellungen, **alle unsere schönen Begriffe von Fleiß, Pünktlichkeit, Disziplin, Treue, gerechtem Lohn, verdienter Muße, von Würde und rechtschaffener Müdigkeit sind von der Industriearbeit geprägt.**

Dass ein Wort wie Prekariat erfunden wird, zeigt, dass wir keine rechte Sprache besitzen für das gesellschaftliche Leben, das uns blüht, wenn wir von geregelten Arbeitsbiografien in der derzeit wirtschaftlich wie politisch gewollten Weise Abstand nehmen. Wir werden eine Sprache finden müssen, die zwischen gesellschaftlicher Bedingtheit und individueller Verantwortung ein Maß findet. Insofern ist der Widerwille gegen den Begriff der Unterschicht verständlich, zumal in der gegenwärtigen Debatte sogar die individuelle Stimmung, der Vorrat an Zuversicht ein Maßstab dafür ist, ob man der Unterschicht zuzurechnen ist oder nicht.

Dass ein Wort wie „Prekariat“ erfunden wird, zeigt, dass wir keine rechte Sprache besitzen für das Leben, das uns blüht, wenn wir von geregelten Arbeitsbiografien radikal Abstand nehmen.

Hat Deutschland eine Unterschicht?

Studie über wachsende Armut entfacht heftige Debatte in der SPD / Thierse: Wir leben in einer Klassengesellschaft / Linke machen Ex-Kanzler Schröder für Fehlentwicklung verantwortlich

17.10.2006

Politik - Seite 01

Damir Fras, Rouven Schellenberger

BERLIN. Nach einer alarmierenden Studie über eine neue soziale Unterschicht in Deutschland ist in der SPD ein Streit über die Ursachen für die Ausbreitung der Armut entbrannt. Die SPD-Spitze betonte, zur Lösung des Problems sei ein starker Staat nötig, der für gleiche Chancen unabhängig vom Einkommen sorgen müsse. **Angriffe auf die unter Ex-Kanzler Gerhard Schröder beschlossenen Hartz-Reformen als Ursache wachsender Armut wies die SPD-Führung scharf zurück.** Nach der Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung befinden sich acht Prozent der Bevölkerung in einer prekären Lebenslage sowie sozialer Lethargie. In Ostdeutschland gehört sogar jeder fünfte zu dieser Gruppe.

Während SPD-Chef Kurt Beck von einem „Unterschichten-Problem“ gesprochen hatte, wandten sich gestern führende Sozialdemokraten gegen den Begriff, weil er sozial Benachteiligte stigmatisiere. **Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) sagte, es gebe keine Schichten in Deutschland. „Ich empfehle sehr, dass wir die Gesellschaft nicht aufteilen“, erklärte er.**

Bundestags-Vizepräsident **Wolfgang Thierse (SPD)** sagte dagegen der Berliner Zeitung, der Befund der Studie habe ihn nicht überrascht, **„denn wir leben eben in einer Klassengesellschaft“.** **Soziale Gegensätze hätten sich über Generationen hinweg verfestigt.** Ähnlich äußerte sich der Sprecher der im Netzwerk organisierten SPD-Abgeordneten, Christian Lange: „Jeder von uns kennt Straßenzüge, in denen wir seit Jahrzehnten Sozialhilfekarrieren haben.“ Empört reagierten SPD-Politiker auf Vorhaltungen von Partei-Linken, die die Verantwortung für den Anstieg der Armut der früheren rot-grünen Bundesregierung unter Schröder zuwiesen. Netzwerk-Sprecher Lange sagte zu den Attacken unter anderem des SPD-Linken Ottmar Schreiner gegen Schröders Agenda 2010: **„Schreiners Ansatz ist zerstörerisch, er betreibt die Politik von Oskar Lafontaine.“** Lange räumte aber ein, es sei für manchen Sozialdemokraten schmerzlich zu erkennen, dass der alte Ansatz zur Bekämpfung von Armut, mehr Geld ins Sozialsystem zu stecken, gescheitert sei.

Auch Thierse sagte, Hartz IV sei nicht Ursache, sondern bringe die Armut lediglich an die Oberfläche. Armut verfestige sich, wenn es Bildungsungleichheit, Arbeitslosigkeit und die Einschränkung von Aufstiegsmöglichkeiten gebe. **„Und unsere Gesellschaft ist von unten nach oben zweifelsohne undurchlässiger geworden“,** sagte Thierse: „Als Hartz IV eingeführt wurde, haben wir ja nicht versprochen, die Arbeitslosigkeit abzuschaffen, sondern versucht, auf den globalisierten Arbeitsmarkt und auf die finanziellen Nöte des Sozialstaates zu reagieren. Besserung ist nicht eingetreten.“ Die Politik müsse sich nun schnell daran machen, „Bildungs- und Ausbildungschancen für die jungen Menschen zu verbessern“. Forderungen der Union, die Hartz-IV-Leistungen zu beschneiden, seien sozial unsinnig, sagte Thierse: „Leistungseinschränkungen verschlimmern das Problem nur.

Außerdem nenne ich es asozial, dass die Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und immer nur auf den Staat zeigt.“

Bundeschkanzlerin Angela Merkel sagte gestern, die Politik dürfe eine Kluft zwischen Teilen der Gesellschaft nicht zulassen. Eine solide Ausbildung sei das beste Mittel gegen sozialen Abstieg. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sprach sich gegen eine Aufstockung der staatlichen Hilfen aus: **„Es geht darum, gezielt Anreize zu setzen, damit sich Leistung lohnt.“**

Leitartikel Seite 4, Politik Seite 5

„Das ist eine Art von Soziologensprech, den wir uns nicht zu Eigen machen.“ Franz Müntefering